



Schulpsychologische Beratungsstelle des Kreises Pinneberg

**Am Drosteipark 3
25421 Pinneberg**
Telefon: 04101 – 8591870
Fax: 04101 – 85918717

Information zur Datenerhebung und -verarbeitung im schulpsychologischen Dienst des Kreises Pinneberg

Sehr geehrte Klientin, sehr geehrter Klient,

der Schutz Ihrer personenbezogenen Daten ist uns sehr wichtig.

Nach der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sind wir verpflichtet, Sie darüber zu informieren, zu welchem Zweck die schulpsychologische Beratungsstelle des Kreises Pinneberg Daten erhebt, speichert oder weiterleitet. Der Information können Sie auch entnehmen, welche Rechte Sie bezüglich des Datenschutzes haben.

Verantwortliche Stelle gemäß Art. 4 Nummer 7 DSGVO ist die schulpsychologische Beratungsstelle des Kreises Pinneberg, Am Drosteipark 3, 25421 Pinneberg.

Der Datenschutzbeauftragte gemäß Art. 37 DSGVO ist der „Datenschutzbeauftragte Schule des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein“, erreichbar unter: E-Mail: DatenschutzbeauftragterSchule@bimi.landsh.de, Telefon: 0431-988 2452.

Die Aufgaben des schulpsychologischen Dienstes sind in § 132, Abs. 1 schleswig-holsteinisches Schulgesetz definiert: Schulpsychologinnen und Schulpsychologen helfen bei Schulschwierigkeiten und unterstützen die Schulen und Schulaufsichtsbehörden in psychologischen Fragen. Im „Konzept des schulpsychologischen Dienstes“, der verbindlichen Arbeitsgrundlage, sind auch die Rahmenbedingungen sowie die Tätigkeitsfelder näher beschrieben (siehe auch https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte//inklusion_schulische/schulpsychologen.html).

Eine schulpsychologische Beratung kann von allen am Schulleben Beteiligten in Anspruch genommen werden. Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sind ausschließlich beratend tätig und die Inanspruchnahme ist freiwillig. Die schulpsychologische Beratungsstelle ist eine vom Schulsystem unabhängige Beratungsstelle ohne Weisungsbefugnis. Die Klientinnen und Klienten wenden sich direkt an die schulpsychologische Beratungsstelle, für in Schule Tätige gibt es keinen Dienstweg. Die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen unterliegen der Schweigepflicht nach § 203 Strafgesetzbuch.

Zweck der Datenerhebung und -verarbeitung:

Ihre Daten werden zu folgenden Zwecken erhoben und verarbeitet: Zweck der Datenerhebung und -verarbeitung ist die fach- und sachgerechte Wahrnehmung der schulpsychologischen Tätigkeiten in den im „Konzept des schulpsychologischen Dienstes“ aufgeführten Bereichen: Schulpsychologische Beratung, Supervision und Coaching, Krisenmanagement (Nachsorge), Kooperation mit Netzwerkpartnern, Tätigkeit in Arbeitskreisen sowie amtliche Stellungnahmen.

Kategorien von personenbezogenen Daten:

- Name, Vorname, Kontaktdaten der Klientinnen/Klienten, Statusgruppe, Daten zur jeweiligen Schule, Anmeldegrund, ggf. Informationen zur Schullaufbahn der Schülerin/des Schülers, ggf. Daten Dritter, die durch die Klientinnen/Klienten freiwillig zur Verfügung gestellt werden.
- bei Elternanmeldungen zusätzlich: Anschrift, Geburtsdatum, Klassenstufe, Sorgerecht, ggf. Informationen zum Familienstand, Geschlecht des Kindes, zu Geschwistern und ausgeübtem Beruf der Eltern
- persönliche Notizen zum Beratungsverlauf
- Informationen zum Leistungsstand, z. B. über Zeugnisse
- Bei Netzwerkpartnern: Name, Vorname, Kontaktdaten, Organisationszugehörigkeit und Zuständigkeitsbereich

Personenbezogene Gesundheitsdaten (Art. 9 DSGVO):

In Einzelfällen werden auch Gesundheitsdaten (eine spezielle Form von personenbezogenen Daten) erhoben, sofern dies für die weitere Beratung fachlich geboten ist; die Unterlagen werden von der Klientin/von dem Klienten zur Verfügung gestellt oder es findet mit Einverständnis der Klientin/des Klienten eine schulpsychologische Diagnostik im Rahmen einer Eltern-Schülerinnen-/Schülerberatung statt.

- Gesundheitsdaten im Rahmen einer Elternberatung: Eine schulpsychologische Diagnostik wird mit Einverständnis der Erziehungsberechtigten durchgeführt und mit diesen sowie ggf. mit dem Probanden (hier: Schülerin/Schüler) im Rahmen des Beratungsprozesses besprochen. Eltern erhalten bei Bedarf eine Zusammenstellung der Ergebnisse, die Originalunterlagen verbleiben in der fallbezogenen Akte.
- Gesundheitsdaten im Rahmen einer Elternberatung: fachärztliche oder psychologische Gutachten sowie Auskünfte zum sonderpädagogischen Förderbedarf werden von den Erziehungsberechtigten freiwillig eingereicht.
- Gesundheitsdaten im Rahmen einer Beratung von in Schule Tätigen: fachärztliche oder psychologische Gutachten sowie Auskünfte zum sonderpädagogischen Förderbedarf werden bei Einsicht in die Schülerinnen-/Schülerakte zur Kenntnis genommen, sofern die notwendige gesetzliche Grundlage vorliegt.
- Gesundheitsdaten im Rahmen einer Beratung von in Schule Tätigen: ärztliche und psychologische Gutachten, die von der Klientin/von dem Klienten im Rahmen der Beratung freiwillig eingereicht werden.

Elektronische Datenerhebung und -verarbeitung:

Personenbezogene und schulbezogene Daten werden zum Anlegen und Führen einer internen Papier-Akte erhoben, welche mit einer Aktennummer versehen wird. Die Anmeldungen werden in elektronisch geführten Anmelde Listen (Excel-Datei) erfasst. Weitere elektronische Datenerfassung zum Zweck der Terminkoordination innerhalb des Dienstes erfolgt in pseudonymisierter Form im Outlookkalender. Wenn Sie uns Ihre Email mitteilen, wird diese im Outlook-Emailsystem automatisiert hinterlegt und zur elektronischen Korrespondenz genutzt. In den Tätigkeitsfeldern Supervision und Coaching und Kooperation mit Netzwerkpartnern werden zusätzlich Email-Verteilerguppen angelegt und genutzt. Geburtsdatum und Testwerte nach

schulpsychologischer Diagnostik werden pseudonymisiert in die entsprechende Auswertungssoftware eingegeben. Diese Daten werden nach der Erstellung des Auswertungsprotokolls umgehend wieder gelöscht, die Auswertungsergebnisse werden in einen Befundbericht übernommen.

Rechtsgrundlage der Datenerhebung und -verarbeitung:

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten ist die von Ihnen erteilte Einwilligung zur Datenverarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a, Art. 7 und Art. 4 Nummer 11 DSGVO. Weitere Rechtsgrundlagen sind:

- Schleswig-Holsteinisches Schulgesetz, § 132 und § 133
- Schuldatenschutzverordnung (SchulDSVO), Teil 3, §§ 17 bis 19

Die erhobenen Daten werden nur dann an Dritte weitergeben, wenn Sie (bei minderjährigen Schülerinnen/Schülern die Erziehungsberechtigten) eine Entbindung von der Schweigepflicht schriftlich erteilt haben. In der Schweigepflichtentbindung ist schriftlich festgehalten, an welche Personen Informationen weitergeleitet werden dürfen.

Ihre Daten werden für den Zeitraum der Bearbeitung aufbewahrt und gelöscht, wenn sie zur Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich sind, spätestens jedoch fünf Jahre nach Abschluss der Beratung.

Nach der DSGVO stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, so steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Wenn Sie in die Verarbeitung durch die schulpsychologische Beratungsstelle des Kreises Pinneberg durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von den oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Jede Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Die Aufsichtsbehörde ist das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD), Holstenstraße 98, 24103 Kiel, E-Mail: mail@datenschutzzentrum.de, Tel.: 0431/988 1200. Das ULD bietet auch verschlüsselte E-Mail-Kommunikation an (<https://www.datenschutzzentrum.de/artikel/1008-.html>).